

Victor Henle

Ein neues Jugendmedienschutzrecht – Was ist neu daran?

Den Jugendmedienschutz teilten sich bislang fein säuberlich die Länder und der Bund. Die Länder schufen im Rundfunkstaatsvertrag ein spezifisches Jugendschutzrecht. Als unterhalb der Schwelle des traditionellen Fernsehens und Hörfunks rundfunkähnliche Formen aufkamen, schufen sie für Mediendienste wegen ihrer geringen publizistischen Relevanz einen eigenen Staatsvertrag (MDStV), statteten auch ihn mit einem eigenen Jugendschutzrecht aus und hinterließen eine Menge von Abgrenzungsproblemen. Der Bund leistete sich sogar zwei Gesetze: Das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit (JÖSchG) und das über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte (GjSM).

Um diese ausgeuferte Gemengelage an Gesetzen zu entwirren, die mit einer noch größeren Zahl an Aufsichtsinstanzen korrespondierte, verabredeten sich die Länder und der Bund zu einem abgestimmten Vorgehen. Die digitalisierungsbedingte technische Konvergenz der elektronischen Medien leistete dazu einen wichtigen Beitrag. Große Schubkraft verlieh dem Vorhaben der noch immer unfassbare Amoklauf im Erfurter Gutenberg-Gymnasium. Weit über seinen Anlass hinaus manifestiert sich in dem gemeinsamen Handeln ein gelungenes Beispiel des kooperativen Föderalismus gerade in einer Zeit, in der zunehmend die Frage gestellt wird, ob das Verhältnis von Bund und Ländern in eine solche Schieflage geraten ist, dass es Mitverantwortung für den Reformstau trägt.

Fusioniertes und verbessertes Jugendschutzgesetz des Bundes

Der Bund packte seine beiden Gesetze in ein Jugendschutzgesetz (JuSchG) zusammen, das bereits am 23. Juli 2002 verabschiedet wurde. Darin nahm er schon vorweg Bezug auf die „zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz“ und gab damit den Takt vor. Inhaltlich erstreckt es sich auf den Jugendschutz in der Öffentlichkeit und in den „Trägermedien“. Dazu gehören die traditionellen Medien (Bücher, Filme und Videos) sowie Filme und Spiele auf digitalen Bildträgern (CD-ROM, DVD). Was bisher schon für die alten Bildträger galt, gilt nun auch für die Neuen. Sie müssen für eine bestimmte Altersstufe freigegeben und gekennzeichnet sein (ohne Altersbeschränkung, ab sechs, zwölf oder sechzehn Jahren freigegeben, keine Jugendfreigabe).

Weiterer Regelungsgegenstand des Jugendschutzgesetzes ist die In-

dizierung jugendgefährdender Medien, die wie auch bisher von der Bundesprüfstelle (BPjM) vorgenommen wird. Während bisher nur eine Indizierungszuständigkeit für die Teledienste (Internet) bestand, erstreckt sie sich nun mit der Einführung der neuen Kategorie Telemedien auch auf die Mediendienste, die in der Zuständigkeit der Länder liegen. Stark erweitert wurde die bisher sehr enge Antragsbefugnis. Zu den berechtigten Stellen gehören nicht nur die Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten, sondern auch die Jugendämter und nicht nur die Jugendministerien. Die Bundesprüfstelle kann nunmehr auch von Amts wegen tätig werden. Eine wesentliche Neuerung ist die automatische Indizierung von schwer jugendgefährdenden Angeboten ohne eine förmliche Aufnahme in eine Liste und deren Bekanntmachung. Folge einer Indizierung ist, dass die Angebote weitgehenden Vertriebsbeschränkungen unterliegen.

Mehr Jugendschutz im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag der Länder

Im Herbst 2002 zogen die Länder nach. Sie einigten sich auf einen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) für die elektronischen Informations- und Kommunikationsdienste (Rundfunk und Telemedien). Unter Beseitigung bisheriger gesetzlicher Defizite hat er in materieller und organisatorischer Hinsicht neues Recht geschaffen. Deutlich erhöht wurden die Schutzanforderungen, die sich in einem dreistufigen Schutzgebäude niederschlagen und sowohl für den öffentlich-rechtlichen, wie auch für den privaten Rundfunk gelten.

Die höchste Schutzebene besteht im absoluten Verbreitungsverbot von unzulässigen Angeboten. Das sind solche, die gegen Strafgesetze verstoßen, die Menschenwürde verletzen oder indiziert sind. Nach altem Recht konnten die Landesmedienanstalten die Verbreitung von indizierten Sendungen durch eine Ausnahmegenehmigung zulassen. Das Besondere des absoluten Verbreitungsverbots liegt darin, dass die Erfüllung des bloßen Tatbestandes ausreicht, das Verbot auszulösen, ohne dass es dabei auf die Schuldfrage ankommt.

Zweite Schutzebene sind die schwer jugendgefährdenden Angebote. Dazu zählen einfach pornografische, schwer jugendgefährdende und in die Indizierungsliste A und C aufgenommenen Angebote. Ihre Verbreitung in Rundfunk und Telemedien ist ebenfalls unzulässig. Für Angebote in Telemedien besteht jedoch eine Durchbrechung von diesem Verbot. Sie sind zulässig, wenn sie in einer geschlossenen Benutzergruppe verbreitet werden und sichergestellt ist, dass sie nur Erwachsenen zugäng-

lich sind. Welche Zugangsanforderungen an eine solche Gruppe zu stellen sind, hat die Kommission für Jugendmedienschutz zu bestimmen. Derzeit zeichnet sich ab, dass für die Altersverifikation eine Gesicht-zu-Gesicht-Kontrolle bei der Anmeldung und für die Zugangsauthentifizierung eine Hardware Sicherung erforderlich sein wird. Die gerätetechnische Sicherung kann entweder aus einer nur für Erwachsene ausgegebenen Geldkarte oder aus einem sogenannten USB-Token bestehen. In beiden Fällen ist zusätzlich ein Kennwortschutz erforderlich.

Zur dritten Schutzebene gehören Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen „zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Person“ zu beeinträchtigen. Diese aus dem Jugendhilfegesetz entnommene Definition ist, wohl unbeabsichtigt, enger als die bisherige, die sehr viel umfassender auf das körperliche, geistige und seelische Wohl abhob. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Verkürzung in der Praxis und bei deren gerichtlicher Überprüfung zu ungewollten Schwierigkeiten führen wird. Angebote mit einfacher Jugendgefährdung dürfen, wenn sie ab 16 Jahren freigegeben sind, ab 22 Uhr und bei Freigabe ab 18 Jahren ab 23 Uhr zugänglich gemacht werden. Diese Zeitgrenzen können sich dann in den Tag hinein verändern, wenn effektive technische Schutzvorkehrungen bestehen. Wer für das digitale Fernsehen ein auf jede einzelne Sendung bezogenes Vorsperkungssystem entsprechend den Vorgaben der Landesmedienanstalten verwendet, in dessen Programm können ab 16 Jahren freigegebene Inhalte ganztägig und solche, die ab 18 Jahren freigegeben sind, ab 20 Uhr eingesetzt werden. Für das Internet kommt nur ein technisches Schutzsystem in Frage. Welche Anforderungen an ein solches Jugendschutzprogramm zu stellen sind und wer es einzurichten hat, der Anbieter oder der Nutzer, darüber zerbricht sich derzeit die Kommission für Jugendmedienschutz den Kopf.

Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)

Ziel des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ist nicht nur ein einheitlicher Jugendschutz für alle Onlinemedien, sondern auch eine einheitliche Aufsicht über den privaten Rundfunk, um die Effektivität des neuen Schutzrechts zu steigern. In diesem Punkt beschränkten die Länder mit der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) einen teilweise neuen und mit der Beteiligung der Selbstkontrolle der Anbieter an der Aufsicht einen ganz neuen Weg. Sie wagten aber (noch) nicht den systemadäquaten Schritt, auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einer externen Jugendschutzaufsicht zu unterwerfen.

Die Kommission für Jugendmedienschutz ist Organ der jeweils nach außen hin zuständigen Landesmedienanstalt, die deren Entscheidung zu vollziehen hat. Zu den besonderen Zuständigkeiten gehören die Zertifizierung einer Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle und eines Jugendschutzprogramms für Telemedien (auch deren Aufhebung) sowie die Genehmigung einer Verschlüsselungs- und Vorsperrentechnik für digital verbreitete Fernsehprogramme. Stellt die Kommission für Jugendmedienschutz einen Verstoß fest, bestimmt sie Art und Höhe der Sanktion. In der Zusammensetzung spiegelt die Kommission für Jugendmedienschutz die in ihr vorgenommene Vernetzung der bisherigen Zuständigkeit wider. Sie besteht aus sechs Direktoren von Landesmedienanstalten, vier von den Ländern und zwei vom Bund entsandten Sachverständigen. Die Wahrung der Staatsferne bei Rundfunkentscheidungen ist dadurch gesichert, dass bei Stimmengleichheit, das Votum des Vorsitzenden, der aus dem Kreis der Direktoren kommen muss, den Ausschlag gibt.

Die Rolle der Selbstkontrolle

Das entscheidend Neue ist der direkte Einbezug der Selbstkontrolle. Ist diese von der Kommission für Jugendmedienschutz zertifiziert, entscheidet sie in eigener Zuständigkeit über die jugendschutzrechtliche Zulässigkeit der vorgelegten Angebote. Gegen den Anbieter, der sich der Selbstkontrolle bedient und deren Entscheidung umgesetzt hat, kann die Kommission für Jugendmedienschutz auch dann keine Sanktion mehr verhängen, wenn sie in eigener Zuständigkeit anders entschieden hätte. Dieser ist insoweit privilegiert. Nur wenn die Selbstkontrolle bei der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe die Grenzen des Beurteilungsspielraums durch Nichtberücksichtigung wichtiger Tatbestandsmerkmale oder deren extreme Fehlinterpretation überschritten hat, gilt die getroffene Entscheidung nicht. Dann entfaltet sich für den Anbieter auch nicht die Privilegierungswirkung.

Zertifiziert werden nur solche Einrichtungen, die hohe Mindestanforderungen an die Unabhängigkeit und Sachkunde der Prüfer, die Entscheidungsvorgabe für eine gesetzeskonforme Prüfpraxis und die Sach- und Finanzausstattung erfüllen. Bei der Bestellung der Prüfer sind die gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen, die in besondere Weise mit dem Jugendschutz befasst sind. Die amtliche Begründung zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag erwähnt dabei ausdrücklich die Kirchen. Ein besonderes Problem ist die Vorlagefähigkeit von Fernsehsendungen. Serien vorzulegen ist mühsam. Sie sind aber vorlagefähig. Ein großer Teil ist ohnehin nicht jugendschutzrelevant. Trotz des geringen

Zeitabstandes zwischen Produktion und Verbreitung sind auch serielle Produkte (z.B. Talkshow-Reihe) grundsätzlich vorlagefähig. Der Veranstalter ist jedoch nicht gehindert die Sendung auch ohne Vorlage in sein Programm aufzunehmen. Er verliert lediglich die Privilegierung. Bei Internetangeboten macht dagegen die Vorlage wenig Sinn. Das liegt in der Natur dieses Mediums. Bei Verstößen ist daher eine nachträgliche Entscheidung der Selbstkontrolle herbeizuführen.

Inzwischen hat die Kommission für Jugendmedienschutz die Freiwillige Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) in Berlin zertifiziert, die von den meisten deutschen TV-Programmveranstaltern getragen wird. Für Veranstalter, die keiner Selbstkontrolle angeschlossen sind, ist die Kommission für Jugendmedienschutz direkt zuständig. Noch keinen Antrag auf Zertifizierung gibt es für die Prüfung von Internetangeboten. Wegen des geringen Organisationsgrades der Anbieter von Internetinhalten und deren teilweise ausdrücklichem Sträuben das jugendschutzrelevante Angebot prüfen zu lassen, wird die Selbstkontrolle in diesem Sektor keine große Rolle spielen und auf die Kommission für Jugendmedienschutz daher eine Fülle von direkten Einzelentscheidungen zukommen.

Kurzfristiger Überprüfungsvorbehalt

Weil keine Erfahrungen mit einer gesetzessvollziehenden Selbstkontrolle vorliegen, enthält der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag drei besondere Vorkehrungen. Schon zwei Jahre nach ihrer Konstituierung (April 2003) hat die Kommission für Jugendmedienschutz einen Bericht über das Funktionieren der Selbstkontrolle und der Kontrolle der Selbstkontrolle vorzulegen. Ein Jahr später sind die Länder mit dieser Überprüfung an der Reihe. Sollten sich die mit der regulierten Selbstregulierung verbundenen Erwartungen nicht erfüllen, kann dieser Teil des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags bereits zum 31. Dezember 2006 gesondert gekündigt werden.

Ob sich die in das neue Jugendmedienschutzrecht gesetzten Erwartungen erfüllen, wird die Praxis zeigen. Die Gesetzgeber sind mit dem neuen wirkungsverstärkten Jugendmedienschutzrecht jedenfalls der Aufgabe nachgekommen, Kinder und Jugendliche besser als bisher vor Medieninhalten zu schützen, die ihre Entwicklung gefährden können. Eine Privatisierung des Jugendschutzrechts, wie es teilweise gefordert wird, ist nicht eingetreten. Dazu kann es auch gar nicht kommen, denn Jugendschutz zu gewährleisten ist eindeutig ein Verfassungsauftrag. Jugendschutz hat Verfassungsrang.

Das Ende des Buchverlags Styria

In der letzten Woche vor den österreichischen Parlamentswahlen am 24. November 2002 erschien eine knappe Pressemeldung, die wegen der tagespolitischen Aktualität des zu Ende gehenden spannenden Wahlkampfes kaum und wenn, wegen der verschlüsselten Formulierung nur unscharf wahrgenommen wurde: Der traditionsreiche und über 130 Jahre alte Buchverlag Styria in Graz hatte in seiner bisherigen Form zu bestehen aufgehört. Ein solcher Vorgang wäre an und für sich nicht allzu überraschend. Die Strukturkrise des Verlags- und Sortimentsbuchhandels im deutschen Sprachraum hat sich seit Beginn dieses Jahrzehnts nicht zuletzt infolge der gesamtwirtschaftlichen Situation verschärft, so daß Stilllegungen, Fusionierungen, Insolvenzen etc. zum fast schon alltäglichen Brot der Berichterstattung in der Branchenpresse gehören. Das Besondere aber an diesem Fall sind Umstände, wie es dazu gekommen ist, und vor allem die Erkenntnis, daß es eigentlich nicht so weit hätte kommen müssen.

Das Medienunternehmen Styria ist nach der Weltbildgruppe das zweitgrößte dieser Art des deutschsprachigen Raums in katholischer Trägerschaft.¹ Bald nach seiner Gründung 1869 expandierte die Styria mit Druckereien, Buchhandlungen, Zeitungen und eben auch mit dem Buchverlag, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg Bedeutung erlangte. Träger der Styria war bzw. ist ein Katholischer Preßverein.

Nach Enteignung durch die Nazis und nach Zerstörungen durch die Wirren des Kriegsendes in Österreich gelang relativ rasch der Wiederaufbau, die Konsolidierung und die Expansion, wofür die Generaldirektoren Karl Maria Stepan (bis 1968) und Hanns Sassmann (bis 1994) standen. Ihr Engagement in internationalen katholischen Pressevereinigungen (wie UCIP) machte sie zu ihrer Zeit auch außerhalb Österreichs weithin bekannt.

Parallel zum Aufschwung des Unternehmens entwickelte sich auch der Buchverlag Styria, der wirtschaftlich kleinste Zweig des Unternehmens. Doch die Geschäftsführung sah sich an den Gründungsauftrag gebunden und wußte, daß gerade das Buch das beständigste und damit wirkungsvollste der Printmedien ist. In der geistig ausgehungerten Zeit nach 1945 war die Styria führend in der Hereinholung der französischen Spiritualität und somit vorbereitend für das Zweite Vatikanische Konzil.

¹ Über die Styria siehe Hartmann, Gerhard: Das Medienhaus Styria, in: *Communicatio Socialis* 30. Jg. Heft 3 (1997), S. 289–293.

Namen wie Michel Quoist („Herr, da bin ich“ erlebte eine Auflage von über 180.000 Exemplaren!) oder Louis Evely kennen ältere Zeitgenossen immer noch. Die Reihe der „Mutigen Bücher“ war in den fünfziger, sechziger und beginnenden siebziger Jahren ein besonderes und erfolgreiches Markenzeichen der Styria.

Bedeutung erlangte der Verlag dann in der Aufarbeitung des Konzils in den siebziger und achtziger Jahren sowie in dem darin begründeten geistigen Ringen. Er wurde Heimstatt für viele Theologen, für deren große Zahl stellvertretend die Namen Heinrich Fries, Eugen Biser, Bernhard Häring und Walbert Bühlmann genannt werden mögen.

Das Programm des Verlages war vielfältig. Es kann nicht alles aufgezählt werden, jedoch sei auf zwei weitere Sparten besonders hingewiesen: die Geschichte und die Literatur. Beide hatten seit jeher ihren Platz im Verlagsschaffen, jedoch kam sie so richtig zur Entwicklung erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. In der Geschichte war naturgemäß die Betrachtung Österreichs, seiner Stellung in Europa sowie seiner Mission im Südosten vorherrschend. Dafür standen zahlreiche bedeutende österreichische Historiker, die als Autoren bei der Styria ihre Heimat gefunden hatten.² Die Beschreibung historisch handelnder Personen in Biographien sollte dann im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ein besonderes Markenzeichen der Styria werden.³

Ebenso war es mit der Literatur. Auch hier schlug man Brücken, von der Vergangenheit in die Gegenwart, von seinen Nachbarn in den deutschen Sprachraum. Es seien u.a. nur die Namen Felix Braun, Bruno Brehm, Rudolf Henz, der Dramatiker Fritz Hochwälder, Paula Grogger, Herbert Eisenreich, Franz Nabl, Milo Dor, Jeannie Ebner, Gertrud Fussenegger, György Sebestyén, Hans Weigel genannt, die das belletristische Programm des Verlages der letzten 25 Jahre prägten.

Mögliche Gründe für das Ende

Man fragt sich nun, wieso ein solcher Verlag aufhören mußte? Es gab mehrere Gründe. Zum einen haben sie sich im Lauf der Jahrzehnte strukturell aufgebaut und wurden gar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen, zum anderen wurde zuletzt überstürzt und fehlerhaft agiert.

² Beispielhaft seien genannt der große österreichische Historiker und Benediktiner Hugo Hantsch, dann weiters Friedrich Engel-Janosi, Robert A. Kann, Gerald Stourzh.

³ Angefangen hat es schon in der Zwischenkriegszeit mit der Elisabeth (Sisi)-Biographie von Egon C. Conte Corti, von der über 200.000 Exemplare verkauft wurden. Geendet hat es mit den geschätzten Kaiser-Biographien.

Der Buchverlag Styria war zweifelsohne ein *Tendenzbetrieb*, was schon durch die Gründung vorgegeben war. Weltanschauliche bzw. religiöse publizistische Aufgaben können ab einem gewissen Grad nicht mehr ausreichend wirtschaftlich erfolgreich sein. Das wissen all jene, die in diesem Bereich tätig sind, nur zu gut. Solange das anerkannt und akzeptiert wird, gibt es keine sonderlichen Probleme, wie eben z.B. unter der Unternehmensleitung von Stepan und Sassmann. Andere Bereiche der Styria, wie etwa der Zeitungsbereich, konnten im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung eines Unternehmens ausgleichend wirken, gewissermaßen „quersubventionieren“. Als in der Betriebswirtschaft das sog. „Profitcenter“-Denken aufkam, war es damit vorbei. Spätestens unter dem Nachfolger Sassmanns ab 1995, dem Professor an der Technischen Universität Graz Reinhard Haberfellner⁴, wurde es für den Buchverlag zunehmend enger. Umstrukturierungsversuche, Betriebsberatungen für teures und letztlich hinausgeschmissenes Geld, die im Endeffekt nichts brachten, u.v.a.m. wurden in Gang gebracht. Sie lösten aber nicht den Kern des Problems, nämlich wie wirtschaftlich mögliche und auch letztlich durch den Gründungs- und Satzungsauftrag des Preßvereins gedeckte bzw. sogar geforderte „Quersubventionierung“ mit der Profitcenter-Ideologie in Einklang hätte gebracht werden können. Es fehlte die nötige Kreativität und wohl auch der Wille, das Problem zu lösen. Die Voraussetzungen dafür in der Styria, einem gesunden Unternehmen, wären gegeben gewesen. Denn es gibt keine Eigentümer, die ständig den Börsenkurs beobachten oder versorgt werden müssen.⁵ Neben diesem grundsätzlichen Problem gab es auch eine Reihe anderer Ursachen, dem Buchverlag innewohnenden strukturellen Befindlichkeiten, die im Folgenden beispielsweise angeführt werden.

Zum ersten war das die *Programmvvielfalt* des Verlages. So reizvoll das vielleicht war: Spätestens in den achtziger Jahren konnte man keinen Verlag mehr mit rund max. 60 - 70 Neuerscheinungen im Jahr mit sechs Programmsparten (mit jeweiligen Unterdifferenzierungen) führen.⁶ Das verständliche Beharrungsvermögen der im Verlag handelnden Personen ließ eine notwendige Programmstrukturereform auch nur in Ansätzen schwer aufkommen. Das führte grob gesprochen dazu, daß man in keiner der Programmsparten auf das Niveau der jeweils in diesen Programmbe-

⁴ Er ist als Techniker Professor für Betriebswirtschaftslehre.

⁵ Mit 1. 7. 1997 hat der Katholische Preßverein eine Stiftung gegründet, die wiederum Eigentümer sämtlicher Aktien der Styria Medien AG ist.

⁶ Neben dem eigentlichen Kerngebiet Religion/Theologie waren dies noch Geschichte, Literatur, Wissenschaft/Philosophie, Styriaca und Reisebildbände. Die Programmsparte Kinder- und Jugendbuch wurde bereits Ende der siebziger Jahre aufgegeben.

reichen führenden Verlage vorstoßen konnte, weil naturgemäß nicht die für den Vertriebsdurchsatz notwendige Novitäten-Zahl erreicht wurde.⁷ Man war damit auf dem Markt nicht ausreichend wettbewerbsfähig, und diese Programmviefalt des Verlages führte somit zwangsläufig in eine Sackgasse.

Zum zweiten war es der (Haupt-)Sitz des Verlages, die Kulturhauptstadt des Jahres 2003: Graz. Wer sich halbwegs in der Geographie auskennt, weiß, daß Graz, am Rande des deutschsprachigen Raumes liegend, verkehrstechnisch extrem benachteiligt ist. Infolge des Alpenhauptkamms kommt bzw. kam man mit dem Zug oder mit dem Auto nur mühsam nach Wien oder in den Westen Österreichs oder gar nach Deutschland.⁸ Damit wurde die für einen Verlag mit diesem Programmanspruch lebenswichtige Kommunikation, insbesondere mit den Autoren und mit der Distribution, sehr schwer umsetzbar. Man hat das relativ bald erkannt und schon vor dem Ersten bzw. Zweiten Weltkrieg durch Niederlassungen in Wien oder in Salzburg⁹ zu kompensieren versucht. Mitte der 1950er Jahre wurde dann die Niederlassung in Köln¹⁰ errichtet. Zuerst wurde Wien, dann in der Schlußphase des Verlages auch Köln aus Kostengründen aufgelassen. Letztendlich stellt sich daraus die Frage, ob aus dieser geographischen Ecke ein Verlag mit diesem Programmanspruch auf Dauer überhaupt hätte geführt werden können, wenn man die dafür um so notwendigeren Kommunikationsstränge kappt. Die Antwort lautet vom Ergebnis her offenbar nein.

Begünstigt wurde diese isolationistische Entwicklung noch durch eine spezifisch steirische Grundhaltung einer gewissen lokalen Selbstgenügsamkeit, die in Kontrast zur weltoffenen Kulturpflege in diesem Bundesland steht.¹¹ Innerhalb der Styria wurde diese Haltung noch durch den wirtschaftlichen Schwerpunkt Steiermark gefördert (die *Kleine Zeitung*

⁷ Wenn man ca. 60 Novitäten durch 6 Sparten dividiert, erhält man einen Durchschnitt von zehn, geteilt durch zwei (Frühjahrs- und Herbstprogramm) ergeben dann fünf.

⁸ Die Autobahn Graz - Wien wurde durchgehend erst Mitte der neunziger Jahr voll fertig. Eine Zugsfahrt nach Wien dauert mehr als zweieinhalb Stunden, obwohl die Entfernung knapp 200 Autobahnkilometer beträgt. Der Zug von Graz nach Salzburg (und damit weiter nach München) wurde dreimal „gestürzt“, die Fahrt dauerte fast vier Stunden.

⁹ Durch den Ankauf des dort ansässigen Anton Pustet Verlags (hat nichts mit dem Verlag Friedrich Pustet in Regensburg zu tun).

¹⁰ Seit der Zwischenkriegszeit bestand in Altötting eine Niederlassung in Form einer Buchhandlung, die dann mit der Errichtung Kölns verkauft wurde.

¹¹ Der legendäre Landeshauptmann der Steiermark der fünfziger bzw. sechziger Jahre, Josef Krainer sen., soll angeblich auf die Frage, welcher Platz in Wien für ihn am liebsten sei, mit Südbahnhof geantwortet haben. Denn von dort fahren die Züge nach Graz ab.

ist die größte Tageszeitung der Steiermark). Das förderte innerbetrieblich die distanzierte Haltung zu allem Außer-Steirischem. Ein Buchverlag, wenn er mehr als nur Regionalia verlegen möchte, hat aber notgedrungenerweise sein Hauptabsatzgebiet und somit wirtschaftliches Interesse außerhalb der Steiermark. Ein religiös-theologisches Programm tendiert sogar auf den ganzen deutschen Sprachraum ohne Schwerkraft einer gewissen Region.

Hinzu kam noch die Einstellung: Weil man im regionalen Bereich mit der Tageszeitung besonders erfolgreich war, entstand gegenüber dem Buchverlag die Meinung, der müsse das auch nachtun, was aber so nicht übertragbar war.

Zum dritten zeigt die Geschichte des Buchverlages Styria die Spannung auf, wenn ein Subunternehmen in einem *Konzern* steht. Klappt die Quersubvention, dann ist das zweifelsohne von Vorteil. Nachteilig ist es, daß in der Regel Unternehmensleitungen (und auch mittlere Chargen) kaum oder überhaupt keine Ahnung von den wirtschaftlichen Abläufen und Marktgegebenheiten eines Buchverlages besitzen, wenn dieser nur einen kleinen Bruchteil der wirtschaftlichen Potenz ausmacht. Die Notwendigkeit eines betriebsinternen Lobbyismus rückt daher besonders in den Vordergrund. Wenn aber Verlagsleitungen die Hälfte ihrer Zeit dafür aufbringen müssen, bei der Unternehmensführung, den sonstigen wichtigen leitenden Angestellten und den Eigentümervertretern ständig für sich „gut Wetter“ zu machen, dann ist das auch nicht immer im Sinne des Erfinders. Nach dem Ausscheiden Sassmanns Ende 1994 war aber ein solcher Lobbyismus für das Buch im Medienhaus Styria eine besondere Notwendigkeit. Weder sein Nachfolger Haberfellner noch der derzeitige Vorstandsvorsitzende Horst Pirker besaßen bzw. besitzen jenes wohlwollende Verständnis für das Buch, wie es für Stepan und Sassmann kennzeichnend war. Von Pirker wird der Ausspruch tradiert, das Buch sei ein „Steinzeitmedium“.

Das scheinbar plötzliche Ende

Ende 1994 traten der Generaldirektor Hanns Sassmann¹² sowie der ebenfalls langjährige Buchverlagsleiter Gerhard Trenkler in den Ruhestand. Sassmanns Nachfolger Reinhard Haberfellner warf noch vor Ende seines Fünfjahresvertrags das Handtuch. Ihn beerbte der damals Anfang der Vierzig stehende Kärntner Horst Pirker.

¹² Er übte diese Funktion seit 1968 mehr als 25 Jahre aus und war vorher Leiter des Zeitungsverlages.

Obwohl der Buchverlag im Jahr 1997 das bisher beste Ergebnis seiner Geschichte einfuhr¹³, wurde der damalige Verlagsleiter Fritz Müller 1998 aus seiner Funktion entfernt. Was danach folgte, erinnert an die Zwangsläufigkeit einer griechischen Tragödie.

Nachdem die Einsicht für die Notwendigkeit einer Quersubventionierung des Buchverlags abhanden gekommen war, wurde der „Profitcenter“-Druck immer größer. Im Frühjahr 2002 wurde dem Verlag, der aufgrund der personellen und strukturellen Änderungen des Jahres 1998/99 immer mehr in Bedrängnis kam, ein Dreijahresplan vorgegeben. Bei der Gelegenheit wurde den verunsicherten Mitarbeitern drei Jahre Ruhe versprochen. Dieses Versprechen hielt nur bis zum Herbst desselben Jahres. Nach der Frankfurter Buchmesse 2002 wurde intern plötzlich das „Aus“ dekretiert. Wenig transparent wurde das Ende des Buchverlags in seiner bisherigen Form beschlossen, wobei erst nachträglich die Organe der AG (Aufsichtsrat), der Stiftung sowie des Preßvereins (Obmann, Verwaltungsausschuß) informiert wurden.

Was nun folgte, verstärkte die Unklarheit. Vor ein paar Jahren war der Wiener Pichler Verlag seitens der Styria zugekauft worden. Er ist aus dem früher der Stadt Wien gehörenden Verlag Jugend & Volk hervorgegangen und zählte nach der österreichischen Farbenlehre zur „roten Reichshälfte“. In der Branche hat man gerätselt, was der Kauf dieses auf Viennensia spezialisierten Verlages strategisch eigentlich bewirken sollte.¹⁴ Der Name Styria wurde nun zum Imprint dieses Verlages für einige Styriaca-Titel sowie die Bücher des Grazer Bischofs Egon Kapellari. Daneben aber wurden noch weitere vertriebliche Maßnahmen getroffen, die die Verkaufsbasis einschränkten.¹⁵ Das Konstrukt lautet nun Styria-Pichler, sprachlich nicht gerade erhebend.

Von einer im nachhinein erklärbaren gewissen Zwangsläufigkeit des so eingetretenen Geschehens war bereits die Rede. Es hätte aber nicht so weit kommen müssen, wenn bei den Entscheidungsträgern guter Wille und eine Kenntnis von Grundgesetzen der Buchbranche vorhanden gewesen wäre.

Der Grazer Diözesanbischof Egon Kapellari, Protektor („Schirmherr“) des Katholischen Preßvereins und gleichzeitig auch österreichischer Me-

¹³ Durch die damals herausgegebenen sog. Namensbücher.

¹⁴ Ebenso wurde damals eine qualifizierte Beteiligung am Österreichischen Kneipp-Verlag erworben, einem Verlag mit vornehmlich Gesundheitsbüchern, wo man sich auch gefragt hatte, wie das – abgesehen vom Umstand, daß Kneipp Priester war – strategisch zur Styria passen sollte.

¹⁵ So wurde die Wiener Auslieferung MohrMorawa verlassen, ebenso wurde in Deutschland der Vertrieb praktisch auf Null gefahren.

dienbischof, hat dem Niedergang des wichtigsten katholischen Buchverlages in Österreich anscheinend nicht entgegengewirkt. Der seit rund 20 Jahren amtierende Obmann des Katholischen Pressvereins, Johann Trummer, Professor für katholische Kirchenmusik an der Grazer Musik-Universität und Priester, hat sich in dieser Angelegenheit ebenfalls zurückgehalten. Unter sein Ägide sank der Katholische Pressverein als Eigentümer der Styria hinsichtlich seiner Einflußnahme zur Bedeutungslosigkeit herab.¹⁶ Im Zuge der Auflösung des Buchverlages wurde er von jenen Pressvereinsmitgliedern, die den Vorgang durchschaut haben, zum Teil heftig kritisiert.

Der Vorstandsvorsitzende (besser Alleinvorstand) Horst Pirker hat inzwischen eine sehr starke Position erlangt.¹⁷ Die primär als Zeitungsunternehmen agierende Styria hat(te) auch mit den Problemen dieser Branche zu kämpfen. Es ist das Verdienst Pirkers, hier schon früh entsprechende Maßnahmen gesetzt zu haben, die diese Krise für die Styria

¹⁶ Ursprünglich war der Katholische Pressverein nicht zuletzt wegen der Kapitalaufbringung ein „Massenverein“ im Rahmen des Verbandskatholizismus des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts. Danach wurde er zunehmend ein „Honoratioren“-Verein von rund 100 Mitgliedern, wo natürlich verschiedene Interessen zusammenkamen und bei dem der Bischof bzw. die Diözese vermehrt Einfluß bekamen. Also eine Klerikalisierung einer Laieninitiative. Obwohl die Styria nach 1945 zu einer beträchtlichen Unternehmensgröße wuchs, blieb die Firma handelsrechtlich ein Einzelunternehmen („Anstalten des Katholischen Pressvereins“), ähnlich wie wenn ein Privater ein Geschäft betreibt. Das war so nicht mehr tragbar. Daher gab es seit Beginn der neunziger Jahre Überlegungen, wie man die Rechtsform ändern und die Haftung des Pressvereins minimieren könne. Daraus entstand die bereits erwähnte (Anm. 4) Errichtung einer Stiftung und einer Aktiengesellschaft. Das hatte aber zur Folge, daß der Pressverein und seine Organe (Vorstand, Verwaltungsausschuß) noch bedeutungsloser wurden als bisher. Die in die „Anonymität“ gedrängte Eigentümerschaft begünstigte daher in der Folge einerseits die handelnden Organe der AG, insbesondere den Vorstand, ab 2002 Alleinvorstand, andererseits wurde die Stellung des „Protektors“ des Pressvereins, nämlich des Bischofs, als Eigentümervertreter noch mehr als bisher aufgewertet. Austarierende Elemente fehlen nun vollkommen. Für ein gesellschaftspolitisch sensibles Unternehmen im Medienbereich eine mehr als bedenkliche Entwicklung – abgesehen von der vorhin erwähnten „Klerikalisierung“.

¹⁷ Sassmann war handelsrechtlich nur Einzelprokurist jedes der einzelnen Unternehmungen des Pressvereins, die nach außen hin aufgesplittet waren, z.B. in Styria, Steirische Verlagsanstalt (für Zeitung und Buchverlag), in Universitätsbuchdruckerei Styria, in die diversen Buchhandlungen usw., und mußte für gewisse rechtlich relevante Schritte immer die Zustimmung der zuständigen Organe des Pressvereins einholen (was meistens, aber nicht immer eine Formalie war). Horst Pirker ist seit Ende 2002 Alleinvorstand der Styria Medien AG und mit der im Handelsrecht dafür vorgesehene Handlungsvollmacht ausgestattet, die natürlich weit über der eines Prokuristen liegt.

zumindest bis jetzt im Gegensatz zu anderen Unternehmen überschaubar hielten. Trotzdem waren die (im Vergleich zu anderen Zeitungsunternehmen) geringeren Ertragseinbußen mit ein Anlaß, den Buchverlag in der bisherigen Form einzustellen.

Ende 2002 gab es von befreundeten Verlagen der Verlagsgruppe Engagement das Angebot, zumindest den religiösen Teil des Verlages Styria in seiner bisherigen Form weiterführen zu helfen. Die Antwort aus Graz, die der neue für das Konstrukt Styria-Pichler zuständige Geschäftsführer übermittelte, war negativ. Auf der Strecke blieb ein traditionsreicher Buchverlag, der zwar mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte (aber welcher Verlag tut dies in dieser Zeit nicht?), jedoch aufgrund der gesunden Konzernstruktur eher die Fähigkeit zu überleben gehabt hätte als so manch anderer Verlag. Auf der Strecke blieben auch rund zehn Mitarbeiter. Als die Grazer Kirchenzeitung die offizielle, die wahren Tatsachen aber verschleiernde Sprachregelung verkündete, meldeten sich eine Woche später die Mitarbeiter des Verlags zu Wort. Dort stand dann zu lesen, daß man im Frühjahr versprochen hatte, dem Verlag drei Jahre Zeit zu geben. Doch dieses Versprechen galt ein halbes Jahr später nicht mehr, obwohl in diesem Zeitraum keine Einbrüche zu bemerken waren.

Der Wiener Zentralfriedhof hat für Einheimische wie für Touristen einen besonderen Erlebniswert. Dazu gehören die zahlreichen Ehrengräber, von den Größen der Musik angefangen, über Politiker, Schriftsteller, Erfinder u.a. Wer die Geschichte des Styria-Programms kennt, wird mit Interesse feststellen können, daß zahlreiche Autoren der Styria dort ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Wer in Wien bzw. in Österreich berühmt werden möchte, muß zuerst einmal sterben. Ob das als einzige Hoffnung für einen Buchverlag Styria übrigbleibt?

Michael
Harnischmacher

„Studieren Sie doch was Vernünftiges“

20 Jahre Diplomstudiengang Journalistik an der
Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Hätte man vor 100 Jahren einen Unternehmer gefragt, wie man seine Fracht wohl am besten von A nach B bekomme, wäre die Antwort sicher gewesen: „Mit dem Pferdefuhrwerk.“ Hätte man vor 50 Jahren einen Büroangestellten gefragt, wie man ein Dokument am besten kopieren könne, wäre die Antwort sicher gewesen: „Mit einem Durchschlag oder per Abschrift.“ Hätte man vor 20 Jahren einen Chefredakteur gefragt, wie man denn am besten Journalist werden könne, man hätte sicher viele gute Ratschläge bekommen - und wahrscheinlich hätte keiner davon ein Journalistikstudium nahe gelegt.

Trotzdem fiel im Sommersemester 1983 an der kleinen Katholischen Universität Eichstätt im bayerischen Altmühltal der Startschuss für die Vorlesungen des Diplomstudienganges Journalistik. Zwei Jahre hatte ein Team um Professor Franz Ronneberger den neuen Studiengang konzipiert. Er war, wie einige wenige Gleichgesinnte an den Universitäten in München und Dortmund der Meinung, dass sich das Wagnis einer hochschulgebundenen Journalistenausbildung lohnt. Ein Trend zur Akademisierung des Berufsstandes zeichnete sich ab, auch wenn der typische Rat der alteingesessenen Praktiker in den Redaktionen noch über Jahre blieb: „Studieren Sie doch lieber was Vernünftiges.“

„Etwas Vernünftiges studieren“ - es ist nicht bar jeder Ironie, dass gerade dieser Rat lange Zeit in der journalistischen Praxis als die typische Alternative zum Journalistikstudium gesehen wurde. Dabei war doch gerade die Idee des neuen Studienkonzeptes von Vernunft geprägt. Die beiden Voraussetzungen für einen Berufszugang - Hochschulstudium und Vermittlung journalistischer Praxis - sollten in einem einzigen Ausbildungsweg vereint werden. Das ermöglicht den angehenden Journalisten einen früheren Berufseinstieg und bietet die Möglichkeit, modern ausgedrückt, Synergieeffekte bei der Ausbildung zu nutzen. Warum sollte man zuerst studieren, um an anderer Stelle, etwa in einem Volontariat, das „Handwerk“ zu erlernen, wenn man beides auch kombinieren kann. So weit, so vernünftig.

Getragen von dieser Idee startete die Eichstätter Journalistik 1983 mit Vorlesungen und Seminaren. Im Jahr darauf wurde mit Jürgen Wilke der erste Lehrstuhlinhaber ernannt. Die Verantwortlichen der Hochschulplanung der Katholischen Universität geben heute zu, dass die Entscheidung für den Studiengang in Eichstätt damals nicht ganz uneigennützig war. Eine neue Bibliothek sollte gebaut werden, doch nur bei der

Einrichtung neuer Studiengänge gab es dafür Geld vom Staat. Dass die Journalisten jedoch schnell zu einem wichtigen Bestandteil der Eichstätter Universität wurden, zeigt sich eindrucksvoll im fünf Jahre später eröffneten Studiogebäude „Orangerie“, das von Stararchitekt Karljosef Schattner entworfen wurde. Wenig später bezog die Journalistik zusätzlich das ebenfalls unter der Leitung Schattners renovierte „Waisenhaus“. In dem imposanten Barockbau befinden sich bis heute die Büros und Seminarräume des Studienganges. Im Jahr 1996 kam dann noch eine neue Bibliothek im ebenfalls barocken Ambiente hinzu.

Theorie und Praxis des Journalismus zu verbinden war die Idee – und steinig der Weg zur Umsetzung dieses Plans, denn Ressentiments gegenüber der Journalistik gab es nicht nur von Seiten der Praktiker. Auch an den Universitäten war man in der Gründungsphase der neuen Studiengänge nicht durchweg angetan von dem Gedanken, praxisnah auszubilden. Die Sorge, die Universität „könne allzu leicht zur Ausbildungsfabrik für einen kapitalistischen Kommunikationsmarkt werden“, hatte Peter Glotz schon Anfang der Siebziger formuliert. Das Eichstätter Konzept sollte deshalb gewährleisten, dass die wissenschaftliche Qualifizierung nicht zu kurz kam. Einem „Studium light“ vorzubeugen, war ein wichtiges Anliegen. Die Eichstätter Absolventen sollten schließlich auch mit einem ausreichenden fachlichen Rüstzeug in die Arbeitswelt entlassen werden.

Mindestens sechs Monate Praktikum in einer Redaktion muss der Aspirant auf einen Studienplatz schon einmal vorweisen, um sich in Eichstätt zu bewerben. Nach Numerus clausus und Wartesemestern ausgewählt, beginnen in jedem Sommer 25 Nachwuchsjournalisten ihr Studium an der Katholischen Universität. Auf dem Lehrplan stehen in den ersten vier Semestern bis zum Vordiplom zunächst die Grundlagen – sowohl im theoretischen als auch im praktischen Bereich. Kommunikationswissenschaft und Medienlehre bilden eine der drei Säulen, auf denen das Grundstudium aufbaut. Zusätzlich dazu besuchen die Studierenden Einführungsvorlesungen und Proseminare in verschiedenen anderen Disziplinen, die zum einen an die Kommunikationswissenschaft angrenzende Fächer sind, zum anderen Grundwissen vermitteln, über das jeder Journalist heute verfügen sollte. Zu dieser zweiten Säule des Grundstudiums gehören Soziologie und Politikwissenschaft, aber auch Seminare in Statistik. Eine Besonderheit der Eichstätter Ausbildung ist die Einbeziehung der Philosophie in das Studium der Journalistik. Philosophische Anthropologie und Ethik gehören zum Pflichtprogramm.

Die dritte Säule stellt die Praxisausbildung dar. Fast die Hälfte ihres Grundstudiums verbringen die Eichstätter Studierenden in Praxisseminaren. Ob dies die Einführungen in den Umgang mit der Lehrredaktion,

dem Hörfunkstudio und dem Fernsehstudio sind, die Übungen in journalistischem Schreiben oder die Produktion für Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen – vier Semester lang wird in allen Medienbereichen gelehrt und gelernt. Die Ergebnisse dieser ersten journalistischen Gehversuche verschwinden jedoch nicht in der Schublade, sondern lassen sich sehen (und hören). Im Münchener Aus- und Fortbildungskanal etwa, für den die Eichstätter regelmäßig Beiträge liefern, im Bayerischen Rundfunk oder im regionalen Radio IN aus der Nachbarstadt Ingolstadt. Hier sendet auch jede Woche eine Stunde lang „Radio Pegasus“, das Eichstätter Uniradio, das schon seit mehreren Jahren in Eigeninitiative von den Studierenden betrieben wird. Und dann wäre da nicht zuletzt „Einsteins“, das in der Übung „Zeitschriftenproduktion“ entstehende Magazin, über das Dieter Hanitzsch in Anspielung auf den Namen zuletzt bemerkte: „Alles ist relativ – aber ‚Einsteins‘ ist absolut gut.“

Betrieben wird die Ausbildung zum einen von den Lehrkräften des Studiengangs, zum anderen von Lehrbeauftragten aus der Praxis. Für Studenten wie für Lehrbeauftragte scheint zu gelten: Haben sie das Städtchen erst einmal gefunden (die „erste Rechercheaufgabe“ der Eichstätter Novizen, wie Walter Hömberg, Inhaber des Lehrstuhls für Journalistik I, gerne bemerkt), so kommen sie nur schwer wieder davon los. „Die Arbeitsbedingungen in diesem lauschig-verträumten Eichstätt sind einfach so überwältigend angenehm, dass ich die ... müßiggehenden Touristen im Städtchen um kein Jota beneide – ganz im Gegenteil“, hat Dagmar Deckstein die besondere Atmosphäre der Bischofsstadt einmal beschrieben. Neben ihr haben schon viele renommierte Journalistinnen und Journalisten aus den großen Medienstädten Deutschlands als Gastdozenten den Reiz Eichstätts kennen gelernt. Gerade im „Internen Praktikum“, einem dreimonatigen Kompaktkurs in der (eigentlich) vorlesungsfreien Zeit zwischen drittem und viertem Semester, geben sie sich die Klinke in die Hand.

Haben die Studierenden das Vordiplom nach dem vierten Semester absolviert, stehen ihnen im Hauptstudium mehr Freiheiten bei der Zusammenstellung ihres weiteren Studienplanes offen. Nach einer Überarbeitung der Prüfungsordnung im Jahre 1998 sieht die aktuelle Eichstätter Journalistenausbildung vor, dass sich die Jungjournalisten für einen der drei Schwerpunkte „Politik und Gesellschaft“, „Kultur und Bildung“ oder „Wirtschaft und Soziales“ entscheiden – ganz nach ihrem Gusto, an welchem der klassischen Ressorts sie am meisten interessiert sind. Der gewählte Schwerpunkt bestimmt die Kombination der Fächer, die neben der Kommunikationswissenschaft bis zum Diplom studiert werden. Da die Journalistik mit fast allen Fachbereichen der Universität kooperiert, steht den Studenten eine Fülle von Wahlmöglichkeiten offen:

Von Politikwissenschaft und Geschichte über Neuere Deutsche Literaturwissenschaft und Lateinamerikanistik bis zu Betriebswirtschaftslehre und Staats- und Verfassungsrecht. Mit dem Studium der Schwerpunktfächer verlagert sich in den letzten Semestern das Studium auf den klassischen Unibetrieb. Allerdings ist die Praxis nicht völlig vom Stundenplan verbannt. Mindestens drei Monate redaktionelles Praktikum müssen die Studierenden zwischen Vordiplom und Diplom absolvieren. In der Realität ist es jedoch in den meisten Fällen sehr viel mehr Zeit, die die Eichstätter damit verbringen, außerhalb der Bischofsstadt Redaktionserfahrungen zu sammeln. Hinzu kommt, dass mittlerweile fast jeder zweite der Eichstätter Journalistikstudierenden für ein oder zwei Semester ins Ausland geht. Die meisten sammeln ihre Auslandserfahrungen an Partneruniversitäten in Frankreich, Italien, Spanien und den USA, aber auch nach Australien und Norwegen verschlägt es die Eichstätter Jungjournalisten, bevor sie in der bayerischen Kleinstadt ihr Studium beenden.

Trotz voller Stundenpläne hat Eichstätt bei der Studienlänge im deutschlandweiten Vergleich die Nase vorn: Durchschnittlich 9,9 Semester dauert der Weg zum Diplom hier. Böse Zungen behaupten, es läge daran, dass es in Eichstätt nichts anderes zu tun gibt als zu studieren. Wahrscheinlich liegt es aber doch eher an der besonderen Atmosphäre, die der Universität beim Ranking des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ im Jahre 1998 den ersten Platz aller deutschen Universitäten bescherte.

Auch wenn die Aversion gegen die Journalistik lange vorgehalten hat, nach zwei Jahrzehnten sind die Unkenrufe größtenteils verklungen, und die Skepsis gegenüber dem neuen Berufszugang musste – glücklicherweise – vor dem Erfolg des Konzeptes kapitulieren. Als im Juli 2003 der Studiengang Journalistik sein 20-jähriges Bestehen mit einem Symposium zum Thema „Journalismus und Medienwandel in Osteuropa“ feierte, wurde pünktlich zum Festtag der 310. Absolvent ins Berufsleben entlassen. Und dort haben sich die Eichstätter nicht nur gut etabliert, sie haben auch mit ihrer Ausbildung gute Erfahrungen gemacht. Wie eine von Christoph Neuberger, selbst Absolvent des Studiengangs und mittlerweile Professor für Kommunikationswissenschaft in Münster, im Jahre 2000 durchgeführte Studie belegt, würden mehr als zwei Drittel wieder in Eichstätt studieren, wenn sie noch einmal vor der Entscheidung stünden. Nur ein Fünftel aller Absolventen würde sich rückblickend für ein anderes Fach entscheiden. Auch die Karrieren vieler Absolventen können sich sehen lassen. Und so kann man sicher mutmaßen: Fragt man in 20 Jahren mal einen Chefredakteur, was er studiert hat, so wird die Antwort wahrscheinlich sein: „Journalistik.“

„Meinungsfreiheit – Freiheit, die wir meinen“

Anmerkungen zu einem Forum des
Ökumenischen Kirchentags in Berlin

Die überwältigende Medienpräsenz war ein – wenn auch nicht entscheidender – Erfolgsfaktor für die gute Resonanz des Ökumenischen Kirchentags in Berlin (28. Mai – 1. Juni 2003). Unterschiedliche Möglichkeiten gab es, sich über das Medienengagement der Kirche zu informieren. Neben Diskussionsrunden und Workshops fand ein mit über 4000 Kirchentagsteilnehmern gut besuchtes Forum statt: „Meinungsfreiheit – Freiheit, die wir meinen“. Eingruppiert hatte es die Kirchentagsleitung unter den Themenbereich „Menschenwürde achten – die Freiheit wahren“. Es ging darum, den Begriff der Meinungsfreiheit neu ins Gespräch zu bringen. Bewusst wurde dabei versucht, nicht nur den Blick auf die deutsche Situation zu lenken, sondern den Blickwinkel zu schärfen. Beispiele missbrauchter Meinungsfreiheit konnten so aus Ländern wie Afghanistan, Russland und Italien vorgestellt werden. Das Thema wurde konzipiert, als der Irakkrieg noch nicht existierte. Einige waren sich die Podiumsteilnehmer, dass die Meinungsfreiheit nach dem Krieg zwischen Euphrat und Tigris kaum größer werden würde. In Berlin wurde deutlich – auch unter Berücksichtigung der Lage in Deutschland –, dass jede journalistische Freiheit (gemäß einem alten Grundsatz in der Theologie) nur so weit reichen könne, wie sie die Freiheit des Nächsten achte. Dennoch blieb die Debatte kontrovers, ob es im journalistischen Sinne eine Begrenzung der Freiheit geben könne, ob Meinungsfreiheit gleichzusetzen sei mit Meinungsmache und Meinungssuche, Recherche und Manipulation. Die kritische Frage in Berlin: Kann es überhaupt eine öffentliche Meinung geben, ohne Einflussnahme durch Dritte? Und / Oder ist es nicht gerade die ureigenste Aufgabe des Journalisten, das hohe Gut, ja das Menschenrecht der Meinungsfreiheit jederzeit zu verteidigen, dann wenn Freiheits- und Persönlichkeitsrechte mit Füßen getreten werden? Vielleicht, so wurde deutlich, liegt im Eintreten für die Meinungsfreiheit in vielen Ländern der Welt eine Aufgabe der Kirche, hier auch ihre Stimme zu erheben. So war es dann auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der mehr Sorgfalt bei der politischen Berichterstattung in Deutschland forderte. Kritik übte er an der zunehmenden Bedeutung inszenierter Medienereignisse und durch Kürzungen inhaltlich verfälschter Interviews. Auf „subtilere“ Sünden gegen eine objektive Berichterstattung verwies der Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, Michael Rutz: Er beklagte Selbstzensur von Journalisten durch Kumpanei mit Politikern, „Trend zum Kuscheltalk“ à la Johannes B.

Kerner und eine Auffassung von „political correctness“, die wichtige Themen wie das Leid der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit unterdrückt habe. Zudem sei ein hochwertiger Journalismus durch die schwierige wirtschaftliche Lage von Tageszeitungen gefährdet. WDR-Intendant Fritz Pleitgen forderte den Gesetzgeber auf, das vom Bundesverfassungsgericht Anfang März 2003 bestätigte Recht der Sicherheitsbehörden, Telefone von Journalisten in bestimmten Fällen abzuhören, wieder zurückzunehmen.

Neben diesen kritischen Anmerkungen an die Meinungsfreiheit wurde auch die Frage nach der aktuellen Infotainment-Gesellschaft gestellt, vor allem wie unterhaltsam eigentlich Themen in den Medien sein müssen. Für Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur des „Tagesspiegels“ in Berlin, haben Leser ein „Bedürfnis nach seriösen Informationen“. Dennoch hält er eine unterhaltsame Aufbereitung von Informationen für wichtig. Bei „Bild“ seien die Fakten über die Rentenpolitik besser aufgearbeitet als beim „Tagesspiegel“. Beim Vorabdruck des Buches von Stefan Effenberg dagegen hatte er den „Eindruck, allen Beteiligten haben das Gefühl dafür gefehlt, wie peinlich die Geschichte ist.“ Kai Dieckmann, Chefredakteur von „Bild“, konterte nüchtern damit, er mache den Käufern ein „Angebot. Die Leute können jeden Tag eine Kaufentscheidung treffen.“ Raffiniert lobte er den Deutschen Presserat, der „Bild“ die meisten Rügen unter allen deutschen Zeitungen erteilt. Das Gremium schütze vor staatlichen Eingriffen. Boulevardjournalismus habe immer von Tabu-Verletzungen gelebt. Eine Absage erteilte Dieckmann angelsächsischen Verhältnissen: Eine Trennung von Privatleben und Politik halte er für unbedingt erforderlich. Wenn aber Privates politische Bedeutung erhalte, wie etwa die Einbindung von Doris Schröder-Köpf in den Wahlkampf ihres Mannes, dann lasse sich dieses Thema nicht ausblenden.

Für Vox-Chefredakteur Hans Demmel bedeutet die Boulevardisierung im Fernsehen „die Öffnung hin zum Zuschauer“. Auf der anderen Seite sehe er die Gefahr, dass Menschen, die durch Sendungen wie „Deutschland sucht den Superstar“ in die Öffentlichkeit strebten, die „mörderische Maschinerie unterschätzen“. Nachmittags-Talkerin Arabella Kiesbauer sieht diese Gefahr weniger: In ihren Shows aufzutreten, habe für die Gäste etwas Befreiendes. Wenn aber jemand ein ernstes Problem habe, sei es mit einem Auftritt nicht getan. Kiesbauer musste sich gegen Vorwürfe aus dem Publikum wehren, sie suggeriere durch die Auswahl von Themen und Gästen eine Realität und Gesprächskultur, die so nicht existiere. Dem hielt die „Fernsehrichterin“ Barbara Salesch entgegen, ihre Gerichtssendung sei „eine brave Auswahl dessen, was ich im wirklichen Leben erlebt habe.“ Für Frank Thomas Mende, Schauspieler von „Gute Zeiten - Schlechte Zeiten“, haben Unterhaltungsformate auch eine

pädagogische Funktion. Er sei sich seiner Vorbildfunktion und Verantwortung als Serienstar bewusst. Dies sei umso wichtiger, da manche Zuschauer glaubten, die Geschichten wären so „eins zu eins“ passiert.

Der Ökumenische Kirchentag in Berlin war ein spirituelles Ereignis mit hohem theologischem und politischem Anspruch. Die große Resonanz des Publikums auf das Medienforum hat gezeigt, dass auch diese Themen ihre Verortung auf Kirchentagen brauchen und erwartet werden. Die Diskussion um Meinungsfreiheit und Infotainment ist in Berlin wesentlich forciert worden.

(Nachfolgend dokumentieren wir das Grundsatzstatement von Prof. Michael Rutz, Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“, auf dem Medienforum.)

Michael Rutz

Deutschland – kein Musterfall

Kritische Anmerkungen zur Medien- und Meinungsfreiheit im eigenen Land*

Wir haben heute in andere Teile unserer Welt, in andere Teile Europas geblickt, haben die Medien- und die Meinungsfreiheit diskutiert, die für uns Christen so wichtig ist und die Diktatoren so fürchten. Nun blicken wir nach Deutschland.

Freiheit – das ist die Abwesenheit von Zwang und Unterdrückung. Meinungsfreiheit – hierzulande steht sie unter dem Schutz des Grundgesetzes. Und wir sehen: Jene autoritäre Kontrolle, jene Unterdrückung von Meinungen durch einen Staat, bevor diese Meinungen überhaupt öffentlich geäußert werden können, staatliche Vorzensur also, die gibt es bei uns nicht. Kein Grund zur Sorge also?

Doch, wir haben Grund, besorgt zu sein um Medien- und Meinungsfreiheit in Deutschland. Denn es gibt subtile Formen der Zensur, die auch bei uns prächtig in Blüte stehen. Zensur, sagt der Soziologe Roland Seim, ist auch jene „Beeinflussung der öffentlichen Meinung“, in der „ein möglicher Beitrag zum Prozess der Meinungsbildung der Öffentlichkeit durch eine intervenierende Instanz entzogen oder verändert zugänglich gemacht wird“. Wer sind diese „intervenierenden Instanzen“, die Meinung zensieren? Wer also sind die Täter?

Die Politik: Reden, Schweigen, Lauschangriff

Flucht vor den harten Fragen

Reden wir von den Politikern im Lande. Immer wieder erleben Journalisten, dass die Gewährung von Interviews, auch von Hintergrundinformationen als Gnadenakt begriffen wird. Der eine Kanzler grenzt den „Spiegel“ aus, weil er ihm unbequem war. Der andere tut gleiches mit der Bildzeitung, weil sie sich unbotmäßig kritisch zeigte.

Willkommener sind da schon die Journalisten des eigenen politischen Lagers. Die fragen nämlich weniger kritisch, die haben eine augenzwinkernde Vorsympathie. Und mittendrin der Politiker, der sich wie ein Souverän gebärdet, nach Gutdünken Audienzen verteilend – der unserer Demokratie konstituierenden Auskunftspflicht gegenüber dem Bürger

* Statement auf dem Medienforum des Ökumenischen Kirchentags am 30. Mai 2003 in Berlin.

auf diese Weise ausweichend oder sie jedenfalls erschwerend, den Trend zum Verlautbarungsjournalismus fördernd.

Lieber gehen unsere Politiker dorthin, wo es weniger weh tut: Zu Kuscheltalkern wie Johannes B. Kerner zum Beispiel, immer dorthin, wo es möglichst wenig wehtut. Aber: Es muss wehtun dürfen.

Lauschen als Drohgebärde

Die Politik als Akteur, der die Freiheit der Medien einschränkt, ein weiteres Beispiel: der Lauschangriff auf Journalisten. Im März befand das Bundesverfassungsgericht, es sei rechtens, Telefonverbindungen von Journalisten dann zu überwachen, wenn ein Kontakt zu einem möglichen Straftäter zu vermuten ist.

Durch diese Staatspraxis freilich wird das Vertrauensverhältnis zwischen Journalisten und Informanten erheblich gefährdet – mit zensurähnlichen Folgen. Wenn potentielle Informanten es nicht mehr wagen, mit Journalisten in Kontakt zu treten, dann gelangen brisante Informationen gar nicht erst in die Öffentlichkeit: Der Lauschangriff als staatlich inszenierte Vorzensur. Heribert Prantl hat das Problem in der Süddeutschen Zeitung so beschrieben: „Der Lauschangriff ist eine neue, die modernste Form der Zensur. Er verhindert, dass es überhaupt zur Zensur kommen muss: Weil er das Vertrauensverhältnis zur Presse zerstört, verhindert der Lauschangriff, dass die Medien Dinge erfahren, die die Staatsgewalt dann zensieren möchte.“

Und es gibt wenig Hoffnung, dass diese Praxis wirkungsvoll eingedämmt werden könnte. Niemand in Deutschland kennt die Zahl der überwachten Journalisten, denn niemand erhebt sie.

Was wir aber wissen ist, dass wirkungsvolle Kontrolle solcher Überwachungsmaßnahmen fehlt. Deutsche Richter, die dafür zuständig wären, diese Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis und die Pressefreiheit „messbar und kontrollierbar“ zu halten, erfüllen diesen gesetzlich vorgesehenen „Richtervorbehalt“ nicht oder nur unzureichend. Zwei Studien haben nun den Beleg geliefert – eine von der Uni Bielefeld und eine vom Max-Planck-Institut.

Das Ergebnis: Von Kontrolle der Kontrolle keine Spur. Gerade mal ein Viertel der richterlichen Beschlüsse genügte den geforderten Ansprüchen. Beim Rest fehlten entweder Angaben zur vermuteten Straftat, dementgegen die Telefonüberwachung angeordnet wurde. Oder es gab keine Ausführungen, die den Tatverdacht begründen. Oder es fehlte eine Prüfung, ob alle anderen Ermittlungsmethoden weniger erfolgversprechend sind. Oder der richterliche Beschluss enthielt nicht ein einziges der geforderten Kriterien.

Diese Praxis ist desolat. Sie ist ein Anschlag auf die Meinungsfreiheit im Lande und muss revidiert werden.

Die Journalisten: Zwischen Selbstzensur und Kollaboration

Kommt das Berufsethos unter die Räder?

Die Beschränkung der Meinungsvielfalt, nächstes Kapitel: Auch Journalisten wirken daran munter mit.

Selbstkritisch müssen wir uns fragen: Haben wir politische Journalisten uns nicht allzu willig zum Teil des politischen Machtsystems machen lassen? Dem Freund Gerd, den man am Biertisch duzt, dem will man nicht wehtun, wenn man als Journalist über den Bundeskanzler schreibt. Politiker und ihre Freundeskreise: Von unserem Kumpel, dem Politiker, werden wir schon eher ein Interview kriegen als andere. Und schnell verschwimmen die berufsethischen Grenzen und Anforderungen.

Die Folgen:

- Zu bereitwillig folgen Journalisten der politischen Agenda, die eine Regierung bestimmt.
- Zu bereitwillig vollziehen sie die Inszenierungen nach, in denen Politik heute dargeboten wird.
- Zu bereitwillig wird die mediale Erregbarkeit gleichgeschaltet jener, die die Freunde aus der Politik sich ausgedacht haben.
- Zu bereitwillig lässt man einen „großen Konsens“ aufkommen zwischen Politik und Medien.
- Und zu häufig wird in unserem Lande von Journalisten die Grenze überschritten vom Konsens zur Kollaboration mit den politischen Akteuren.

Die Nachrichtenentstehung: Wo bleibt das Gute?

Journalisten als politische Kollaborateure - der erste Punkt. Aber der Medienbetrieb opfert die Informationsfreiheit - die andere Seite der Meinungsfreiheit - auch an anderer Stelle.

Der Soziologe Niklas Luhmann hat einmal untersucht, wie jene Nachrichten zustande kommen, die uns im Fernsehen, in den Zeitungen täglich dargeboten werden. An erster Stelle dieser Nachrichtenentstehungs-Kriterien: Emotionen. An zweiter Stelle: Der Konflikt. Der Konflikt hat umso größere Chancen, zur Nachricht zu werden, als er Gewähr bietet, vielleicht sogar zum fortsetzungsträchtigen Skandal zu werden. Also muss es, wie gestern abend in „heute“, heißen: Dieser Kirchentag

wird vom Konflikt über das gemeinsame Abendmahl überschattet. Nicht die Harmonie, nur der Konflikt interessiert die Massen, also interessiert er die Planer in den Nachrichtenredaktionen, die für ihre Einschaltquoten auch bei Nachrichtensendungen zur Rechenschaft gezogen werden. So hat der Boulevard seine große Zeit. Liebe und Katastrophen laufen bestens, jeder Zank auch. Schon vermutete Skandale bekommen Sonder-sendungen und große Schlagzeilen. Der spätere Freispruch verschwindet in der ganz kleinen journalistischen Form.

So werden Bedeutungsrelationen verschoben, so wird Differenzierung verhindert, so verschwinden wichtige Themen von der Agenda, so wird ein Volk entpolitisiert.

Ja, es ist wahr: die Boulevardisierung der Medien, das Infotainment, zerstört die soziale und kulturelle, auch die politische Kommunikationsfähigkeit eines Volkes. Mit Emotionalisierung und Massengeschmack lassen sich zwar *Diktaturen* erzeugen, weil wir das Volk glauben gemacht haben, es gebe einfache Lösungen. Aber *Demokratien* lassen sich so nicht festigen. Wer wehrt dieser Entwicklung in Deutschland?

Die Kriterien der Nachrichtenentstehung: Langweiliges wollen wir in den Nachrichten ja nicht sehen. Langweilig ist die gute Nachricht. Aber langweilig ist auch, was immer wiederkehrt. Solche Themen verschwinden. Einmal im Jahr veröffentlicht die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ eine Rangliste der am meisten vernachlässigten Themen und Nachrichten. Im vergangenen Jahr auf Platz eins der Top Ten: Vergessene Kriege. 29 gibt es derzeit, mit Opferzahlen nach Millionen, die meisten in Afrika. Je länger ein Krieg unverändert andauert, umso uninteressanter wird er für Journalisten. Denn was sich nicht verändert, hat in der medialen Logik kaum einen Nachrichtenwert.

Es ist also an der Zeit, unsere Nachrichtenentstehungskriterien zu überprüfen.

Politische Correctness: Die mit dem Strom schwimmen...

Und noch eine kritische Anfrage an uns Journalisten: Lassen wir uns nicht zu rasch mit dem Zeitgeist ein? Es gibt Dinge, die sagt „man“, und andere sagt „man“ nicht. Journalisten fügen sich in solche Diktate ein, sie machen sich freiwillig zu Opfern der PC, der politischen Correctness.

Drei Beispiele: Wer vor 1985 die deutsche Einheit wollte – manche erinnern sich noch an Gerhard Löwenthal – der galt als rechter Störer in einem intellektuellen Zeitgeist, der fand, das Volk der Täter habe solche Einheit weder verdient noch sei es reif genug, damit umzugehen. Die Geschichte hat das korrigiert.

Oder die Vertriebenen: Es ging uns irgendwie auf die Nerven, dass sie

dauernd auf der Erinnerung an ihr Schicksal bestanden. Auch schien es uns politisch nicht korrekt, weil deutsche Schuld relativierend, die Russen oder die Tschechen als Täter zu nennen. Erst als Günter Grass in seinem jüngsten, eindrucksvollen Roman „Im Krebsgang“ die Versenkung des Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff“ literarisch aufarbeitete, war der Bann gebrochen. Das Leid der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs: Grass hob damit ein Thema aus der Versenkung, das nach den Regeln der „Political Correctness“ nicht jeder hätte aufgreifen dürfen. Hätte Martin Walser dieses Buch geschrieben, es wäre wohl verrissen worden – mit der Begründung: Walser rechnet die Holocaust-Opfer gegen die Opfer eines sowjetischen U-Boot-Angriffs auf. Ob etwas öffentlich thematisiert werden darf, hängt eben auch davon ab, wer es zu welchem Zeitpunkt auf die Tagesordnung setzt, und wir Journalisten spielen dieses Spiel mit.

Ein drittes Beispiel zur politischen Korrektheit: Im Jahr 2001 wurden sämtliche Schulanfänger in Berlin von Schulärzten untersucht. Der Bericht lag im Spätsommer 2002 vor, seine Veröffentlichung aber monatelang verzögert. Der Grund: Der Bericht benennt sprachliche und gesundheitliche Defizite bei sogenannten „Kindern nichtdeutscher Herkunft“, also von Ausländerkindern. Der Bericht wurde unter Verschluss gehalten, denn dieses Thema, hiess es, sei so wichtig, dass es nicht von einer Diskussion über die Bewertung und Präsentation der Fakten überlagert werden dürfe. So lautete damals die Begründung des Staatssekretärs Schulte Sasse gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“: Nachrichtensperre also aufgrund zwar mathematisch, aber nicht politisch korrekter Zahlen.

Das Fazit: Wir müssen sagen dürfen, was ist, und jede Meinung in einer auf Toleranz gerichteten Demokratie ist zulässig.

Die wirtschaftlichen Grundlagen: Aus für die Meinungsvielfalt?

Die Gefährdung der Medien- und Meinungsfreiheit in Deutschland – als letzter Punkt ein Blick auf die wirtschaftliche Seite. Auch in Deutschland gilt es, darauf zu achten, dass der Meinungsfreiheit nicht durch fortschreitende Medienkonzentration der Boden entzogen wird. Mehr noch: Auch hierzulande, und nicht nur in Italien, verfügen politische Akteure über bedeutende Medienbeteiligungen, wie etwa die SPD. Generell muss gelten: Publikumsmedien gehören nicht in Parteienhand. Denn das eine wie das andere, das wirtschaftliche wie das ideologische Kartell, handelt der Freiheit der Medien zuwider.

Meinungsfreiheit braucht Medien, die aber brauchen eine ausreichen-

de wirtschaftliche Basis. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist das über die Rundfunkgebühren gelöst. Aber andere Gattungen geraten in Not. Zum Beispiel: die nationale Tageszeitung, die früher 60 Prozent ihrer Kosten über den Anzeigenmarkt deckte. Die Anzeigen aber sind aus konjunkturellen und anderen Gründen verschwunden, die Not ist groß: Die „Welt“ ist seit jeher hoch defizitär, die „Frankfurter Rundschau“ lebt nur noch mit Staatsbürgschaften, die „Süddeutsche Zeitung“ ist ebenfalls in der Krise, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt rote Zahlen. Wie lange geht das noch gut?

Ich bin überzeugt: Auf dem Markt der nationalen Qualitäts-Tageszeitung muss die Meinungsvielfalt gesichert bleiben, um die Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Und wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, wird der Staat hier eine publizistische, nationale Qualitäts-Grundversorgung – staatsfern und kommerzunabhängig – ebenso garantieren müssen, wie er es beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk tat. Denn mir schiene keine Begründung überzeugend, die darauf abzielte, eine solche Grundversorgung mit Informationen nur auf den elektronischen Übermittlungsweg und das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem zu beschränken.

Alles in allem: Wir haben alle Hände voll zu tun, die Medienfreiheit und ihre Vielfalt und damit die Meinungsfreiheit auch im eigenen Land zu sichern.

Kämpfen wir dafür – auch dann können wir ein Segen sein.

Walter Hömberg

Brillanter Stilist und gläubiger Zweifler

Zum Tode von Herbert Riehl-Heyse

„Die Medien sind heute zwar riesige, industrialisierte Dienstleistungsbetriebe. Zu ihren Leistungen gehört aber auch der Qualitätsjournalismus als Kulturleistung von Rang. Journalismus kann wie Literatur, Musik und Kunst eine schöpferische Tätigkeit sein.“ So eröffnete die „Süddeutsche Zeitung“ im Dezember des vergangenen Jahres eine große Serie über „Vorbilder des Journalismus“. Diese Sätze, die er zusammen mit Wolfgang R. Langenbucher verfasst hat, charakterisieren auch das Werk von Herbert Riehl-Heyse, der am 23. April im Alter von 62 Jahren einem langjährigen Krebsleiden erlegen ist. „Der Riehl“, wie er in der Redaktion genannt wurde, hat alle publizistischen Disziplinen meisterhaft beherrscht: vom Kurzstreckenlauf der Glosse über die lange Reportage bis zum Marathon des Bücherschreibens.

Die Glosse als kürzeste Form des Feuilletons liebte er, weil hier das Besondere und das Allgemeine pointiert zusammenfinden können. Seine „Streiflichter“ waren stilbildend – was freilich auch heißt, dass sein eigener Stil manche Nachahmer fand. Einmal habe ich ihn angerufen, um ihm zum neuesten „Streiflicht“ zu gratulieren. Er nahm das Lob erfreut entgegen – um dann zu gestehen, dass er gar nicht der Autor sei.

Bekannt geworden ist er vor allem als Reporter. Die Entwicklungen in Politik und Gesellschaft waren sein Arbeitsfeld, und mit brillanten Einblicken in das Innenleben der CSU und der anderen Parteien machte er sich bald einen Namen. Das Schubladendenken der Ressorts interessierte ihn nicht, und so reichte die Spannweite seiner Themen von der großen Politik über Kultur und Sport bis zu den kleinen Dingen des Alltags. Seine Spezialität: Der journalistische Beobachter beobachtet sich selbst beim Beobachten der „Wirklichkeit“. Das Ergebnis ist eine diskursive Prosa; der Leser wird Zeuge der eindringlichen Suche nach der Wahrheit – samt der notwendigen Zweifel. Bei aller inhaltlicher Vielfalt haben Riehl-Heyses Beiträge konstant ein Thema: den Wandel. Er ist ein scharfer Beobachter von Einzel- und Eigenheiten, er liefert genaue Beschreibungen von Ereignissen, Auftritten, Figuren – nein: Menschen. Hinter dem Besonderen blitzt immer wieder das Allgemeine auf, das Ereignis wird zum Symptom. Mancher kurze Zeitungsartikel ersetzt voluminöse Gesellschaftsanalysen – der Reporter als Soziologe von unten.

Dieser Reporter schert sich wenig um die Regeln der journalistischen Ratgeberliteratur. Vorsicht vor der Ich-Form? Ganz im Gegenteil: Die subjektive Sicht dominiert, und der Verfasser offenbart ganz ungeschützt seine Gefühle. Nicht zuletzt deshalb schätzt er die Form des Tagebuchs.

Warnung vor Ironie? Kaum ein Absatz, ja kaum ein Satz, in dem dieses schwierige Stilmittel nicht eingesetzt wird – vor allem, um Distanz zum Beschriebenen zu demonstrieren. Nie kippt die ironische Grundhaltung um in Zynismus. Zurückhaltung mit Nebensätzen, Appositionen, Bindestrichen, Klammersätzen? Bei keinem anderen Reporter kann man so viele davon finden.

Dieser Reporter war beweglich: Los Angeles, Seoul, Jerusalem, Ankara, Moskau, Taschkent und immer wieder Bonn und Berlin heißen die Städte, aus denen er berichtet. Sein großes Thema freilich ist das bayrische Umfeld: Vor allem in der Lazarettstraße und am Hasenberg, im Maximilianeum, am Oberanger und in Eichenau, seinem Wohnort im Westen von München, wird er fündig. Und wenn er einem seiner Reportagenbände den Titel „Die Weihe des Ersatzkaisers“ gegeben hat, dann wird man leicht erraten, dass dieser Ersatzkaiser mit Vornamen Helmut heißt.

Reportagen leben von Authentizität und Augenzeugenschaft. Aber dieser Autor tut gar nicht so, als sei er immer als erster am Tatort. Er nimmt vielmehr den Leser mit auf den langen Weg einer Rekonstruktionsrecherche, die auch die häufig sich widersprechenden Quellen offen legt – und damit die Widersprüche der sogenannten Realität.

Neben Reportagen und Porträts hat Herbert Riehl-Heyse in den letzten Jahren zunehmend Essays publiziert. Hier schiebt sich das Allgemeine vor das Besondere. Gesellschaftliche Entwicklungen wie Demokratieverdrossenheit und Wertewandel werden direkt ins Visier genommen. Aber auch der Essayist kann den Reporter nicht verleugnen: Die Diagnose entsteht aus einem dichten Netz von Einzelbefunden. Essays sollen, so hat einst Friedrich Schlegel gefordert, „Motion machen, gegen die geistige Gicht ankämpfen, die Agilität befördern“. Das tun sie hier – aber nicht als plumpe Thesenpublizistik, sondern als offener Dialog, der mehr Fragen als Antworten bereithält. Der Verfasser, ein Freund des Understatements, nennt seine Essays schlicht „Anmerkungen“. Dieser Essayist ist alles andere als ein Fundamentalist. Meinungsstarke Manifeste wird man bei ihm vergeblich suchen. Er verabscheut Schwarzweißkontraste und liebt die Zwischentöne.

Der häufige Wechsel der Perspektive bringt neue Einsichten; etwa jene, dass der zunehmenden Politikverdrossenheit der Bürger eine wachsende Bürgerverdrossenheit der Politiker entspricht. Die Rolle der Journalisten bleibt bei Riehl-Heyse nicht ausgespart: Die verschärfte Konkurrenz hat dazu geführt, dass „die Fabrikation von Beleidigungen und Verleumdungen zu einem interessanten Marktsegment ... in der medialen Großindustrie“ geworden ist – Grund genug, immer wieder an bewährte Berufsprinzipien wie Sorgfalt, Fairness und Toleranz zu erinnern.

Um die Gefährdungen des Journalistenmenschen geht es auch in seinen wichtigsten Büchern. „Können Sie einen Beitrag zum Thema journalistische Ethik empfehlen?“ Auf diese Frage der Fachzeitschrift „MediumMagazin“ wurde meistens der Band „Bestellte Wahrheiten“ aus dem Jahre 1989 genannt. Obwohl er als Kind einmal Papst werden wollte, formuliert Herbert Riehl-Heyse hier keinen Katechismus ex cathedra, sondern er reflektiert sensibel über die Moral einer Berufsgruppe, die gelegentlich Leichen in Badewannen fotografiert und Geiseltangster bei der Arbeit interviewt – live, versteht sich. Die Inszenierungs- und Instrumentalisierungsstrategien der Politik werden ebenso aufgedeckt wie die Berufskrankheiten im Journalismus und die Übergriffe der Public Relations. Der Autor plädiert für ganz altmodische Tugenden: für den Mut zur Recherche, für Zivilcourage, Fleiß und Originalität.

Bigotterie und Pharisäertum waren ihm zuwider. Geprägt vom katholischen Milieu seiner Heimatstadt Altötting, hat er sich aber immer zu seinen Wurzeln bekannt. Anpassung an die Moden des Zeitgeists im Öffentlichkeitsgewerbe war seine Sache nicht. Auch wenn er an seiner Kirche manchmal gelitten hat – ein gläubiger Mensch ist er geblieben. Ein suchender, auch zweifelnder Christ, der sich der „Tapferkeit vor dem Freunde“ verpflichtet fühlte.

Der studierte Jurist hat den Journalismus beim „Münchener Merkur“ gelernt, bevor er dann im Jahre 1971 als Redakteur zur „Süddeutschen Zeitung“ ging. Hier ist er geblieben – mit Ausnahme eines kurzen Intermezzos als Chefredakteur beim „Stern“, wo er es sogar knapp vier Monate ausgehalten hat. Die großen Journalistenpreise hat er alle erhalten und viele kleine dazu. Beim ersten Internationalen Publizistik-Preis in Klagenfurt ist er 1985 angetreten, aber er war ganz ohne Chancen: Er hat sich dem Ritual widersetzt und statt den eingereichten Text vorzulesen das ganze Theater dort auf die Schippe genommen, alle hochmögenden Juroren inklusive („Klagenfurter Wortgeklingel“).

Riehl-Heyse hat sich immer wieder in der Journalistenausbildung engagiert. Er war ein beliebter Referent, Moderator und Diskutant auf den Podien der Republik. In den letzten Jahren haben ihn vor allem die Gefährdungen der eigenen Zunft umgetrieben: die ökonomischen Probleme der Qualitätszeitungen, die menschenverachtenden Methoden der Skandalpresse und das Anziehen der Reizschraube im Kommerzfernsehen („Dirty Dancing am Karfreitag“).

Im Übrigen: Die Serie „Vorbilder des Journalismus“ läuft weiter. Ein Beitrag wird auch Herbert Riehl-Heyse gewidmet sein. Und die „Süddeutsche Zeitung“ hat soeben einen Preis gestiftet, der ab 2004 alle zwei Jahre für den besten politischen Essay verliehen werden soll und der seinen Namen trägt.

AMERIKA

USA

Vor einer Einschränkung der Pressefreiheit hat UN-Generalsekretär Kofi Annan am Internationalen Tag der Pressefreiheit gewarnt. Wo Zensur verhängt werde, seien Demokratie und Entwicklung der Verlierer. Eine Sättigung durch allzu aktuelle Berichterstattung könne allerdings auch zur Unfähigkeit zu fühlen und zu handeln verführen.

Filmerziehung an der Schule will Twentieth Century Fox zusammen mit der Stiftung Lesen einrichten. Der Stiftung Lesen gehören 8.500 Pädagogen an, die bislang in Schulprojekten mit Zeitungen gearbeitet haben. Jetzt sollen sie auch Zugang zu Filmmaterial erhalten.

Eine verzerrte Sicht auf die Kirche hat der Pressesprecher der US-Bischofskonferenz, Msgr. Francis J. Maniscalco, den US-Medien in der Berichterstattung über die Pädophälieskandale vorgehalten. So verdienstvoll es gewesen sei, die Tatbestände ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben, so wenig sachgerecht sei oft die Darstellung gewesen.

Für die Aufdeckung der sexuellen Missstände in der US-Kirche hat der „Boston Globe“ den diesjährigen Pulitzerpreis in der Kategorie Journalismus erhalten. Die

Aufdeckung habe u.a. zur Veränderung in der römisch-katholischen Kirche geführt.

Der Boom des sogenannten Reality-TV in den USA hält an. Amerikanische Netzwerke haben für die Saison 2003/04 eine Fülle neuer und alter Reality-Shows angekündigt. Außerdem soll ein eigener Sender „Real Central“ gegründet werden. Die großen nationalen Netzwerke wollen jedoch nicht an dieser Entwicklung teilnehmen, weil solche Shows die Zuschauer auf Dauer nicht binden würden.

Mit dem Sonderpreis 2003 für ihr Lebenswerk ist die amerikanische Bestsellerautorin Mary Higgins Clark vom katholischen Medienhaus der Christophers geehrt worden. Sie habe mit ihren 27 Bestsellerromanen in 27 Jahren große Erfolge als Autorin gehabt, ohne ihren katholischen Glauben je zu kompromittieren, heißt es in der Urkunde. Die Christophers verleihen jährlich 25 Preise an hervorragende Filme, Fernsehsendungen und Bücher.

ASIEN

Indien

Mit dem Thema „Terrorismus, Fundamentalismus und die Medien“ befasste sich die südasiatische Catholic Press Association. Dabei wurde die Rolle der Kirche für

die Verbreitung der Friedensbotschaft unterstrichen. Der Generalsekretär der Weltunion der katholischen Presse UCIP, Joseph Chittilappilly, ermunterte die Journalisten, Brücken über alle Grenzen zu bauen. Auf der Mitgliederversammlung wurde in einem Statement gefordert, dass Medienschaffende sich weder von sektiererischen Ideologien noch von Geld antreiben lassen dürfen.

Einen Medienclub und ein Online-Forum zur Diskussion über Gewaltdarstellungen im Fernsehen hat ein nationales Beratungsgremium zum Thema Medien und Gewalt vorgeschlagen. Eine Untersuchung hatte ergeben, dass trotz staatlicher Regulierungen in den Medien weiterhin Gewalt und Frauenunterdrückung als Mythos dargestellt werden.

An die Gregoriana Universität in Rom wurde der Mitgründer und erste Vorsitzende des indischen nationalen Instituts für Kommunikationsforschung in Neu Delhi, P.Jacob Scrampickal berufen. Der Jesuit, der Präsident von OCIC in Indien und Asien war, wird Professor am Centre for Interdisciplinary Communications.

Japan

Der erste japanische Katechismus seit 1936 ist von der japanischen Bischofskonferenz unter dem Titel „Die Lehren der katholischen Kirche“ in Tokio herausgegeben worden. Er ist unterteilt in die

Kapitel Lehre, Liturgie und Sakramente, Ethik und Gebet.

Philippinen

Die Bibliothek für Kommunikationsforschung des Theologenseminars der Steyler Missionare in Tagaytay wurde dem Medienbüro der Föderation der asiatischen Bischofskonferenzen eingegliedert. Sie umfasst über 3.000 Bücher und Zeitschriften zu den Themen interkulturelle Kommunikation, Kommunikationsentwicklung und Religionskommunikation.

Eine Einführung in die pastorale und Verkündigungskommunikation hat P. Franz-Josef Eilers SVD unter dem Titel „Communicating in Ministry and Mission“ in Fortführung seiner Einführung in die soziale Kommunikation „Communicating in Community“ geschrieben. Beide Textbücher sind für Kommunikationskurse an theologischen Ausbildungsstätten gedacht.

Thailand

Unter dem Titel „Religion and Social Communication“ hat das Asiatische Zentrum für Religion und soziale Kommunikation in Bangkok ein neues wissenschaftliches Journal gegründet, das zweimal jährlich erscheinen soll. Neuer Direktor des Zentrums ist der Theologie- und Philosophieprofessor an der St. John's University, Kirti Buchua.

EUROPA

Deutschland

Umstrukturiert werden das Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp) und die Katholische Medienakademie (kma). Das Institut wird sich auf die Ausbildung und Fortbildung von Journalisten beschränken und in „Katholische Journalistenschule“ umbenennen. Angebote für Drehbuchautoren, Producer und PR-Fachleute werden Ende dieses Jahres eingestellt. Die bisherigen Ausbildungsstätten in München, Augsburg und Ludwigshafen sollen zusammengelegt werden.

Der Konzentrationsprozess in der Bistumspresse setzt sich fort. Das Regensburger Bistumsblatt ist in der „Katholischen SonntagsZeitung für Deutschland“ aufgegangen, die bereits mit diözesanen Teilen in Augsburg und Berlin erscheint. Der Mantel der drei Kooperationsblätter der St. Ulrich-Verlagsgesellschaft, die zusammen eine Auflage von 100.000 erreichen, wird von der St. Ulrichs-Tochter „Christliche Familie“ aus Köln geliefert. Anders als in Berlin sollen in Regensburg drei bisherige Redakteure übernommen werden, während man sich von dem bisherigen Chefredakteur und dem Verlagsleiter einvernehmlich getrennt habe. Der St. Ulrichs-Verlag mit seinen jetzt drei Bistumszeitungen ist nicht Mitglied des Katholischen Medienverbandes, in dem

die Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse aufgegangen war.

Die Zeitschrift für Medienpädagogik „medien praktisch“ ist Mitte des Jahres eingestellt worden. Wie der Herausgeber, das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) mitteilte, musste die Einstellung auf Grund von Sparmaßnahmen erfolgen. Einige inhaltliche Teile soll die Zeitschrift „medien + erziehung“ übernehmen. (Siehe Wortlaut der redaktionellen Mitteilung im Anhang an diese Chronik).

Frankreich

Die Zahl der Übergriffe gegen Journalisten hat sich nach Angaben der „Reporter ohne Grenzen“ weltweit im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Aus dem in Paris vorgestellten Jahresbericht geht hervor, dass 25 Journalisten im vorigen Jahr ihr Leben verloren und 176 inhaftiert waren. Besonders eingeschränkt sei die Pressefreiheit in muslimischen fundamentalistischen Ländern.

Großbritannien

Voreingenommenheit gegenüber Kardinal Cormac Murphy-O'Connor von London im Falle eines pädophilen Missbrauchs hat der britische Sender BBC eingestanden. Man habe gegen die Sorgfaltspflicht verstoßen, als man dem Kardinal fälschlicherweise unterstellte, er habe einen Priester durch Versetzung gedeckt.

Italien

Die Monatsillustrierte „Inside the Vatican“, die vor allem konservative Leserkreise in den USA und in Großbritannien besitzt, hat in Rom ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert. Sie wird von dem amerikanischen Publizisten Robert Moynihan herausgegeben und hat ein internationales Redaktionsteam, das über gute Beziehungen zum Vatikan verfügt.

Die rund 1.000 Pfarrkinos in Italien erleben einen Aufschwung, nachdem die in alten Pfarrsälen untergebrachten Vorführräume modernisiert worden sind. Statt volkstümliche Filme werden inzwischen vorwiegend anspruchsvolle Werke gezeigt.

Niederlande

Christliche Zeitungen haben in den Niederlanden entgegen dem Zeitrend eine leichte Auflagensteigerung erzielt. Wie das Amsterdamer Medieninstitut HOI mitteilte, verloren dagegen die großen niederländischen Tageszeitungen an Auflage.

Österreich

Ein neues Magazin für Männer hat die Katholische Männerbewegung Österreichs unter dem Titel „Y“ gegründet. Die erstmals im März erschienene Zeitschrift soll sechsmal im Jahr herauskommen und löst das 1957 im Bistum St. Pölten gegründete und später auch in weiteren Diözesen herausgegebene KMB-Magazin „Der Rufer“

ab. Es soll über die Arbeit der KMB berichten und Impulse für Weiterentwicklung in Beruf, Beziehungen, Freizeit und Spiritualität geben. Das Titel-„Y“ ist Bestandteil des Wappens von St. Pölten und zugleich das männliche Identitätszeichen.

Polen

Das katholische Fernsehprogramm TV Puls wird wieder auf Sendung gehen. Als neuer Produzent der vom Franziskanerorden erstellten Programme tritt der Produzent der Firma Antena 1 die Nachfolge des früheren Produzenten an, der insolvent geworden war. Das Programm wird terrestrisch und über Astra ausgestrahlt.

Vatikan

Kritik an der zunehmenden Medienkonzentration hat die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ geübt. Nach einer Studie der Päpstlichen Universität der Salesianer dominieren in Italien fünf Verlage 59 Prozent der Tageszeitungen. Die Medienkonzentration, die als Gefahr für die Demokratie bezeichnet wird, betreffe auch den Buch- und Mediensektor. Zu den Schlüsselfiguren der internationalen Medienkonzentration zählt der Osservatore auch den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi.

ANHANG zur CHRONIK

Die letzte Ausgabe

Jörg Bollmann

Mit der 105. Ausgabe ist die GEP-Zeitschrift für Medienpädagogik „medien praktisch“ im Juni das letzte Mal erschienen. Die Entscheidung, die Zeitschrift aus betriebswirtschaftlichen Gründen einzustellen, fiel nicht leicht. Doch die finanzielle Situation des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik schloss jede Alternative aus.

Die Gründe, die uns zu diesem Schritt bewogen haben, machen derzeit vielen Medienunternehmen zu schaffen. Wir haben mit knapper werdenden Finanzressourcen umzugehen, und damit können dann die Einstellung von Publikationen und die Entlassung von Mitarbeitern verbunden sein. Und so muss sich auch das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientieren. Ein Zuschussbedarf von rund 100.000 Euro im Jahr für „medien praktisch“ können wir auf Dauer nicht mehr tragen, wenn das GEP als finanziell stabiles Haus auf lange Sicht überleben soll. Dazu kommt, dass erstmals seit 1983 im vergangenen Jahr die Abonnenterzahlen deutlich zurückgingen, trotz einer guten Beurteilung der Zeitschrift in ei-

ner Leserumfrage im vergangenen Jahr. Außer Zweifel steht, dass „medien praktisch“ in Fachkreisen für seine profunden Beiträge und sein Engagement in der medienpädagogischen Diskussion geschätzt wurde. Das ist in erster Linie dem Redakteur Johannes Gawert und seinem Team, Anke Merzbach und Thomas Hamerschmidt, zu verdanken. Ohne sie wäre die Herstellung einer Fachzeitschrift von anerkannt hoher Qualität über Jahre hinweg nicht möglich gewesen. Wir danken ihnen und wünschen Johannes Gawert, der Ende Juli in den vorgezogenen Ruhestand geht, alles Gute.

Mit einer „spannenden Final-Nummer“, wie Johannes Gawert im Editorial zu Recht schreibt, ist nun zwar unabänderlich das letzte Heft erschienen. Doch ganz müssen die Leserinnen und Leser von „medien praktisch“ auf medienpädagogische Beiträge nicht verzichten. Die Zeitschrift „medien + erziehung“ (merz) wird einige inhaltliche Teile übernehmen. Damit wird hoffentlich ein neues publizistisches Zuhause für die bisherigen Abonnenten entstehen, das die Lücke füllen kann, die „medien praktisch“ hinterlässt.

(Entnommen aus „Info 2'03“ des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik)